

**Worte der Woche**

„Das von mir präferierte Modell wird dem Parteivorstand vorgelegt. Dann wird am Montag entschieden, und das wird von allen Beteiligten akzeptiert.“ *Der SPD-Vorsitzende Kurt Beck nach einem Treffen mit Arbeitsminister Franz Müntefering über das Arbeitslosengeld*

„Kurt Beck wird seinen Vorschlag im Parteivorstand und auf dem Parteitag im Hamburg präsentieren. Ich habe keinen Zweifel, dass die Partei ihm folgen wird.“ *Arbeitsminister Müntefering nach dem Treffen*

„Die 'Agenda 2010' sind nicht die zehn Gebote. Und niemand, der daran mitgearbeitet hat, sollte sich als Moses begeben.“ *Der frühere Bundeskanzler Gerhard Schröder in Berlin bei einer Gedenkveranstaltung für Willy Brandt*

„Versprechen habe ich nur meiner Mama gegeben, als ich noch ein kleiner Junge war.“ *Russlands Präsident Wladimir Putin in Teheran auf die Frage eines iranischen Journalisten, ob er versprechen könne, dass Russland bis zum Ablauf seiner Amtszeit im Frühjahr 2008 den nuklearen Brennstoff für das Atomkraftwerk Buschehr liefern werde*

„Die Lizenz zur Geldeinnahme für Energiekonzerne muss abgeschafft werden.“ *Der wirtschaftspolitische Sprecher der Linksfraktion im brandenburgischen Landtag, Ralf Christoffers, zu den für das kommende Jahr angekündigten Preiserhöhungen bei Strom und Gas*

„Länderfinanzausgleich ist nichts prinzipiell Unmoralisches.“ *Der hessische Ministerpräsident Roland Koch (CDU) zu den hohen Beiträgen, die Hessen in den Ausgleichstopf zahlen*

„Ich hätte mir sogar gewünscht, das IPCC (UN-Klimarat) hätte den Nobelpreis allein bekommen. Aber es schadet ja auch nicht, wenn ein genialer Kommunikator mithilft, das Thema voranzubringen.“ *Kanzlerin-Berater und Direktor des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung, Hans Joachim Schellnhuber, über den Mitgewinner des Nobelpreises für den Kampf gegen den Klimawandel, den früheren US-Vizepräsidenten Al Gore*

„Hier sitzen nicht Leute, die auf Teufel komm raus Kohle verstromen wollen.“ *Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) in Hoyerswerda nach einer gemeinsamen Kabinettsitzung der Länder Brandenburg und Sachsen*



Der Abraumbagger frisst sich in die Lausitzer Landschaft. Dafür sollen auch künftig Bewohner weichen.

FOTO: DPA

# Bagger gegen Dörfer?

Brandenburgs Regierung setzt weiter auf die Verstromung von Braunkohle

Der schwedische Energiekonzern Vattenfall hat vor vier Wochen angekündigt, in den nächsten 20 Jahren drei weitere Braunkohle-Tagebaue in der Lausitz betreiben zu wollen. Für die

Grube Jänschwalde-Nord müssten 900 Bewohner dreier Dörfer umgesiedelt werden. Bereits beantragt ist der Tagebau Welzow-Süd II. Hier müssten 1300 Menschen dem Bagger weichen. Im Ge-

genzug will Vattenfall die CO<sub>2</sub>-arme Verstromung entwickeln. Während die Landesregierung den Plänen wohlwollend gegenübersteht, kämpft eine Volksinitiative gegen neue Tagebaue.

**PRO**

ULRICH FREESE

Deutschlands Versorgung mit Energie hängt zu zwei Dritteln von Importen ab. Wir können es uns nicht leisten, auf heimische Energieträger zu verzichten. Erst recht nicht, wenn er wettbewerbsfähig ist, wie die Braunkohle. Auch bei wachsendem Beitrag erneuerbarer Energien, die wir selbstverständlich nutzen müssen. Doch selbst wenn deren Anteil auf 30 Prozent steigt, wie das die Ziele von Bundesregierung und Europäischer Union vorsehen, woher sollen die restlichen 70 Prozent kommen?

An der Kohle führt also auch in Brandenburg kein Weg vorbei. Allerdings muss sie so umweltfreundlich wie möglich gefördert und verstromt werden. Unsere Braunkohle hat da im weltweiten Vergleich bereits jetzt Spitzenwerte aufzuweisen. Die ersten deutschen Pilotprojekte für die Abscheidung und Lagerung von CO<sub>2</sub> liegen in Brandenburg. Die Entwicklung kohlendioxidarmer Kraftwerke muss ebenso vorangetrieben werden wie die Erhöhung der Wirkungsgrade in Kraftwerken ohne CO<sub>2</sub>-Abscheidung. Denn erst die Zukunft wird zeigen, welche Lösung die nachhaltigere ist. Eine Erhöhung der Im-

porte ist jedenfalls nicht nachhaltig. Weder ökonomisch, noch ökologisch oder sozial. Ökonomisch nicht, weil steigende Gasimporte die Gaspreise noch oben treiben würden. Ökologisch nicht, weil Gas- oder Stromimporte aus dem Osten dort zu verstärkter Stromerzeugung in Kraftwerken mit deutlich schlechterer Umweltbilanz führen würden. Sozial nicht, weil Energieimporte Wertschöpfung und Arbeitsplätze in Deutschland vernichten, ohne Nutzen für die Umwelt zu bringen.

Die Braunkohle sichert nicht nur rund 5500 Arbeits- und Ausbildungsplätze in Tagebauen und Kraftwerken in der Lausitz, sondern weit darüber hinaus. Ohne Braunkohle würde es beispielsweise die Papierindustrie oder die Papiererzeugung in der Region nicht geben. Schließlich bietet die bei uns entwickelte Kraftwerkstechnik eine doppelte Chance: Durch Export in Länder mit dramatischem CO<sub>2</sub>-Ausstoß, etwa China oder Indien, kann sie zum Klimaschutz beitragen und zugleich bei uns Arbeit und Wohlstand erhalten.

► Der Autor ist Vize-Bundeschef der Gewerkschaft Bergbau, Chemie und Energie.

**CONTRA**

AXEL VOGEL

Jeder weiß es: Braunkohlenutzung zerstört das Klima. Die Verbrennung von Braunkohle setzt mehr klimaschädliches CO<sub>2</sub> frei als jeder andere Energieträger. Die Abbaggerung in Tagebauen vertreibt Menschen aus ihrer Heimat. Die Fixierung auf die Braunkohle lähmt zudem die wirtschaftliche Entwicklung in der Lausitz. Die Landesregierung setzt auf die Braunkohle. Sie hofft, dass die Technologie zur CO<sub>2</sub>-Abscheidung bis 2020 zu wirtschaftlichen Preisen funktioniert. Dass geeignete Endlagerstätten vorhanden sein werden, in denen Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> sicher gelagert werden können und bis dahin ein gigantisches CO<sub>2</sub>-Transportnetz funktionsfähig sein wird.

Einen Plan B für den Fall, dass dies nicht klappt, hat die Regierung nicht; eine Garantie, dass die Kohle aus den neuen Tagebauen nur CO<sub>2</sub>-arm verstromt wird, auch nicht. Diesem Festhalten an einem Energiesystem, in dem in überdimensionierten Kraftwerken weit weg vom Verbraucher mit hohen Übertragungsverlusten Strom produziert wird, stellen wir ein verbraucher-nahes dezentrales

System mit vielen Energieproduzenten gegenüber.

Auch die Landesregierung weiß: Die Braunkohle wird nach dem Auskohlen der vorhandenen Tagebaue nach 2030 als Energieträger hierzulande nicht mehr benötigt, Brandenburg wird seinen Strombedarf schon lange vorher mit erneuerbaren Energien und aus Heizkraftwerken der Stadtwerke decken können. Die Braunkohle wird aber auch in Deutschland nicht mehr benötigt. Steigerungen der Energieeffizienz und Einsparungen werden den Strombedarf sinken lassen. Mit dem Anwachsen der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien und der dezentralisierten Kraft-Wärme-Kopplung werden andere Energieträger vom Markt gedrängt.

► Der Autor ist Landeschef von Bündnis 90/Die Grünen.

Das politische Buch

# Hysterie statt Fakten

Ein Angst-Buch über China

ROLF HELFERT

Schon Kaiser Wilhelm II. warnte vor der „gelben Gefahr“. Und auch heute fürchten Europäer und Amerikaner das neu erstarkte China. Der „Wirtschaftsexperte“ Jean-Francois Susbielle nutzt die lukrative Asienwelle und stößt laut ins Horn. Ein „programmierter“, also unvermeidbarer „Dritter Weltkrieg“ stehe bevor, den die USA und China auszutragen hätten.

Bis 2020 mache China die USA und alle anderen Länder zu „Vasallen“, prophezeit der Autor. Washington habe nur fünf Jahre Zeit, wolle es diesen Trend stoppen. Der Irakkrieg werde auch geführt, um China vom Erdöl abzuschneiden. Angeblich erlauben westliche Staaten China nur ein bescheidenes Wirtschaftswachstum. Sie verwehren Peking ebenso das Recht, „sich zu schützen“ und seine Armee qualitativ zu kräftigen.

Beweisen kann Susbielle nichts. Dafür zieht er aus den ökonomischen Daten Chinas, das 1,3 Milliarden Menschen zählt, abenteuerliche Schlussfolgerungen – ohne zu erkennen, dass Statistiken keine Politik machen. Sicher: Derzeit avanciert China zur wirtschaftlichen Großmacht, es stelle 28 Prozent der Weltindustrialgüter her. Chinesische Waren gehen in den Export, gleichzeitig dürfen Westfirmen nur dann in China investieren, wenn sie Hightech mitbringen. Chinesen organisieren Absatzmärkte und kontrollieren ganze Branchen.

Aber hat man darin eine Katastrophe zu sehen? Susbielles Denkwiese widerspiegelt das merkantilistische Kolonialzeitalter. Falsch ist es, zu glauben, dass ein Land nur dann prosperiere, wenn andere arm bleiben. Sofern europäische Firmen wegen niedriger Löhne nach China gehen, ist es sinnvoller, Konzernchefs anzuklagen. Die hausgemachten innen und wirtschaftspolitischen Probleme des Westens hat China nicht zu verantworten.

Wer die Zukunft vorhersagen will, muss vergangene Epochen kennen. Im 19. Jahrhundert, schreibt Susbielle, demütigte der Westen das ferne asiatische Land; viele Chinesen redeten heute noch von einer „Ära der Schande“. Nun drängten sie „die restliche Welt in den Vasallenstatus zurück“. Eine kühne Behauptung. Obwohl China kleine Nachbarländer temporär unterwarf, verursachte es nie-

mals Hegemonialkriege, wie sie Europäer oder Japaner riskierten, denn das Reich der Mitte genügte sich selbst.

Ein zweites Pearl Harbor droht kaum, zumal chinesische Interkontinentalraketen gegen amerikanische Abwehrsysteme nichts ausrichten. Nun mutmaßt Susbielle, dass Peking weiterrüste und irgendwann die USA militärisch „enthalten“ werde, die ihrerseits gewaltsame Aktionen planen, weil sie das „Zepter“ behalten wollten. „Der Krieg scheint also unvermeidbar“.

Solcher Kaffeesatzleserei liegen falsche Maßstäbe zugrunde. Abgesehen davon ruinierte ein chinesisches-amerikanischer Krieg alle Parteien. Ohnehin verringern Indien, Japan und manche „Tigerstaa-



Polizisten vor der Großen Halle des Volkes in Peking: Krieg um die Weltherrschaft? FOTO: DPA

ten“, die ein Gleichgewicht herstellen, chinesische Allmacht. Zwar kämpft der Westen gegen Peking um Rohstoffe; in Afrika haben die Erben Maos bereits Fuß gefasst. Aber gerade diese Rivalität wirkt produktiv, wenn es gilt, neue Energiequellen zu erschließen.

Das chinesische Wirtschaftswunder bestehe darin, private Initiative mit staatlicher ökonomischer Kompetenz zu verschmelzen. Sollten westliche Neoliberale davon lernen? Statt Waffen zu horten, ist Intelligenz gefragt. Krieg erscheint ebenso wenig „unvermeidbar“ wie die Lektüre dieses jeffersonischen Buches.

► Jean-Francois Susbielle, China-USA. Der programmierte Krieg, Propyläen, Berlin 2007, 271 Seiten, 22 Euro.

**KORRIGIERT**

## So schnell bauen die Preußen nicht

Manchmal macht ein kleines Wort einen großen Unterschied aus. So auch in der Meldung „Universität Potsdam hat neuen Hörsaal“ auf Seite 1 der MAZ vom 16. Oktober. „Für 24 Millionen Euro ist am Standort Griebnitzsee der Universität Potsdam gestern ein neues Hörsaal- und Seminargebäude errichtet worden“, stand da. Bei aller Liebe: So schnell bauen die Preußen nicht. Zweieinhalb Jahre dauerte die Errichtung des architektonischen Schmuckstücks auf dem Campus der Landeshauptstadt, nicht einen Tag. Eröffnet, nicht errichtet, hätte es in der Nachricht also korrekt heißen müssen. Wir sagen daher, kurz und bündig: Pardon. hlo

**FORUM**

# Keine Angst vor H5N1 und BSE

Die Verlängerung der Stallpflicht für Freilandgeflügel ist falsch und feige



GASTAUTOR

Reinhard Jung

Die im November 2005 angeblich zum Schutz gegen die Vogelgrippe verordnete Stallpflicht für Freilandgeflügel ist auf unbestimmte Zeit verlängert worden. Das hat der Bundesrat in der vergangenen Woche beschlossen. Zugegeben: Mit den seit Juni 2006 geltenden Ausnahmen, nach denen derzeit in weit über 90 Prozent unseres Landes glückliche Hühner draußen scharren und picken und sonstigen Hühnerkränken veranstalten dürfen – damit lässt sich leben. Und vielleicht ist es auch illusorisch, von Politikern zu erwarten, dass sie einen offensichtlichen Fehler zugeben oder gar korrigieren. Eine verpasste Chance ist der Beschluss dennoch.

Wer erinnert sich nicht an die „große Flatter“ (so titelte die MAZ im Frühjahr 2006), als sich Bundeswehrosoldaten auf Rügen in Schutzanzügen mit äußerster Vorsicht vor laufenden Kameras an verdächtige Schwänenleichen heranspirten und wenige Stunden später aus dem Labor die schreckliche Gewissheit kam: H5N1 hat uns erreicht. Wildgänse rauschten durch die Nacht und versetzten Deutschland in Angst und Schrecken. Das Risiko einer Pandemie mit Millionen von Toten ließe sich nicht ausschließen, lautete die Analyse von der Insel Riems, wo sich ein mit Steuergeldern finanziertes Institut seit langem damit beschäftigt, was man alles nicht ausschließen kann. Der Verbraucher-

schutzminister folgte dem wissenschaftlichen Rat und schickte alles freilaufende Federvieh in die Ställe. Völlig nutzlos, wie sich kurze Zeit später herausstellte, denn die wenigen Aus-

brüche von Vogelgrippe in deutschen Geflügelbeständen fanden ausgerechnet in großen Stallanlagen statt, und ließen sich – wie auch schon in den Jahren zuvor, als für dieselbe Krankheit noch der Name Geflügelpest verwendet wurde – mit einfachen veterinärhygienischen Mitteln regional eingrenzen. Warum also bis heute das Festhalten an der Stallpflicht?

Wissenschaftler fabrizieren eine Theorie, Journalisten inszenieren eine Hysterie, die Verbraucher sind verunsichert und die Politiker haben Angst vor der Verantwortung, Bauern und Tiere müssen es ausbaden. Dieses Muster einer gesellschaftlichen Kettenreaktion mit dem größten Schaden

beim schwächsten Glied der Kette geht zurück auf eine weitere, statistisch völlig unbedeutende Tierkrankheit, an deren publikumswirksamer Inszenierung unsere Landwirtschaft bis heute leidet: BSE.

Sieben Jahre nach der großen Hysterie haben mehr als 16 Millionen BSE-Tests knapp 400 fast ausschließlich gesunde Schlachtrinder zutage gefördert, die vielleicht einmal BSE bekommen hätten, wäre ihnen ein längeres Leben beschieden gewesen. Bei dem per amtlicher Anordnung getöteten Geburtsjahrgang der betroffenen Tiere – der mit demselben Futter aufgewachsen ist – wurde regelmäßig kein zusätzlicher BSE-Verdacht festgestellt. Zwar sind durch Heraus-

setzung des Testalters auch hier inzwischen die Ausnahmen erweitert worden, an die Abschaffung der Testpflicht freilich traut sich kein Politiker heran.

Genau deshalb ist der Bundesratsbeschluss falsch und feige. Alles bleibt wie gehabt: Menschen dürfen krank werden, Tiere nicht. Die am natürlichsten gehaltenen Tiere, nämlich Rinder und Freilandgeflügel, sind das größte Sicherheitsrisiko. Die Ausnahme wird zum Normalfall, das Absurde bleibt Gesetz. Und das Ganze nennt sich dann Verbraucherschutz.

► Der Autor ist Geschäftsführer des Bauernbundes Brandenburg.